

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Max Chopard-Acklin  
Rainstrasse 21  
5415 Nussbaumen  
[www.max-chopard.ch](http://www.max-chopard.ch)



## Bericht aus der Herbstsession 2015

**Die Herbstsession im September war wohl eine Herausforderung für manche Terminkalender der Parlamentarier. Begann doch für die Wiederkandidierenden auch die heisse Phase des Wahlkampfes in ihren Heimatkantonen.**

### **Erste Sessionswoche:**

#### **Nachrichtendienst, Flüchtlinge, Ressourceneffizienz in der Wirtschaft**

Der **Nachrichtendienst soll neue Kompetenzen erhalten**: Künftig kann er nach richterlichem Beschluss Telefone und Privaträume abhören und auch in Computer eindringen. Gleichzeitig haben sich National- und Ständerat für eine neue, unabhängige Aufsichtsbehörde ausgesprochen. Diese Aufsicht soll prüfen können, ob der Nachrichtendienst des Bundes rechtmässig, zweckmässig und wirksam handelt. Ich finde es entscheidend, dass der Nachrichtendienst unter demokratischer und unabhängiger Kontrolle steht, seine Arbeit tun kann, aber keinen Freipass zum uneingeschränkten Schnüffeln erhält. Es wird sich zeigen, ob dies gelungen ist. In der SP-Fraktion sind die Meinungen geteilt: 23 SP-Räte stimmten Nein, 15 Ja und 6 enthielten sich. Der Gesamtrat stimmte mit 145 zu 41 bei 8 Enthaltungen zu.

**Asylverfahren sollen beschleunigt behandelt werden.** Eine entsprechende Gesetzesreform stiess wie bereits im Ständerat auch im Nationalrat auf breite Zustimmung. Einzig die SVP wehrte sich dagegen und kündigte ein Referendum an. Offenbar will diese Partei im Asylbereich lieber Probleme bewirtschaften als lösen. Seitens SP wurde im Rahmen dieser Gesetzesvorlage versucht, das abgeschaffte Botschafts asyl wieder einzuführen. Dafür fand sich aber keine Mehrheit.

**Der Nationalrat lehnte** im Rahmen einer Sonderdebatte eine Motion für ein **Asylmoratorium mit 103 zu 48 Stimmen deutlich ab**. Die SVP wollte, dass der Bundesrat mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für mindestens ein Jahr ausser Kraft setzt. In dieser Zeit sollten keine Personen mehr ins Asylverfahren aufgenommen oder als Flüchtlinge anerkannt werden. Im Rat wurde die Forderung als "menschenverachtend" und "schamlos" bezeichnet. Justizministerin Simonetta Sommaruga stellte fest, die Motion enthalte "keinen einzigen vernünftigen Vorschlag" für die Bewältigung der Herausforderungen.

Der Nationalrat will **keine Zukunftsziele für einen schonenderen Umgang mit natürlichen Ressourcen** verankern. Eine entsprechende Revision des Umweltschutzgesetzes als Gegenvorschlag zur Initiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ wurde vorerst abgelehnt.

Dies, obwohl der Rat in mehreren Punkten der Wirtschaft noch mehr entgegenkam als zuvor bereits der Ständerat. Beispielsweise sollte bei der Ressourceneffizienz zuerst auf freiwillige Massnahmen der Branchen gesetzt werden und erst wenn diese versagen, sollte der Bund die Möglichkeit erhalten, gesetzliche Regelungen zur Ressourceneffizienz zu erlassen. „**Sie wollen einem gerupften Huhn auch noch die Haut abziehen.**“ fasste ich die Situation mit Blick auf die destruktive Mitte-Rechts Mehrheit im Rat gegen diese zeitgemässe Revision des Umweltschutzgesetzes aus den 80er Jahren zusammen. Ich bin überzeugt: Eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung ist nur in einer gesunden Umwelt und mit vernünftigem Ressourcenmanagement möglich. Es gilt daher, Ressourcen zu schonen und deren Nutzung zu optimieren. Das Geschäft geht nun zurück in den Ständerat. Hoffentlich besinnen sich die Räte.

### **Zweite Sessionswoche: Volksinitiativen, Wald, Bankgeheimnis gefallen**

Das Parlament empfiehlt die Initiative "**Pro Service public**" ohne Gegenstimmen zur Ablehnung. Die Initiative stärkt den Service public nicht, sondern schade ihm eher, war das meistgehörte Argument. Sie will, dass bundesnahe Unternehmen wie Post, Swisscom und SBB in der Grundversorgung nicht nach Gewinnen streben und auf Quersubventionierung verzichten. Damit fehlten Gelder für notwendige Investitionen. Lanciert wurde die Initiative von Konsumentenzeitschriften.

Auch die Volksinitiative "**Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln**" hatte einen schweren Stand. Zwar wurde von allen Seiten betont, das Anliegen der JUSO, den Hunger in der Welt zu bekämpfen, sei legitim. Die Initiative will, dass Banken, Vermögensverwalter oder Versicherungen nicht mehr in Finanzinstrumente investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen und damit die Preise anheizen. Doch trotz des vielzitierten Satzes: „Mit Essen spielt man nicht.“ wollte die bürgerliche Mehrheit nichts von einem Spekulationsverbot wissen.

Historisch: Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt wurde das **Ende des Bankgeheimnisses für ausländische Bankkunden eingeläutet**: Der Nationalrat hat den rechtlichen Grundlagen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) zugestimmt. Im Inland bleibt das Bankgeheimnis vorerst noch bestehen.

Das Parlament erleichtert den Bau von Windrädern im Wald. Bei der **Revision des Waldgesetzes** wurde eine entsprechende Ergänzung angebracht. Zudem soll der Bund beim Bau von öffentlichen Gebäuden und Anlagen die Verwendung Schweizer Holz fördert. Abgelehnt wurde ein Artikel zur Verbesserung der Ausbildung im Bereich Arbeitssicherheit. Dafür fehlt mir jegliches Verständnis: Waldarbeit ist ein gefährlicher Beruf. Gemäss Suva haben allein in den letzten 10 Jahren rund 40 Forstarbeiter bei Waldarbeiten ihr Leben verloren. Und mehr als doppelt so viele Unfälle führten zu Invalidität.

### **Dritte Sessionswoche: Grundeinkommen, Frankenstärke, Klima und Atommüll**

Der Nationalrat hat **die Initiative "Für ein bedingungsloses Grundeinkommen" mit 146 zu 14 Stimmen deutlich abgelehnt**. Die Initianten verlangen für alle Bewohner der Schweiz ein bedingungsloses Grundeinkommen. Für die Befürworter würde damit die Arbeit von Zwang und Angst befreit. Als Gewerkschafter stehe ich für das Grundrecht auf Arbeit zu fairen Löhnen ein und lehne die Initiative ab. Die Initiative ist zu offen formuliert: Weder ist die Höhe des Grundeinkommens noch dessen Finanzierung im Initiativtext festgelegt. Weiter besteht die Gefahr, dass dieses Anliegen die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung entlässt und unser Sozialversicherungssystem gefährdet. Zudem ist meine Erfahrung: Menschen wollen nicht nur Geld, sondern eine sinnvolle Beschäftigung, bei der sie gebraucht werden.

In der Herbstsession gab es auch eine aktuelle **Debatte zur Frankenstärke**. Der starke Franken ist für die Schweizer Wirtschaft eine Belastung. Darin herrschte Einigkeit. Darüber, wie man der Frankenstärke begegnen soll, aber nicht. Für die SP ist klar: Die Frankenkrise kann man nur mit einer wirkungsvollen Währungspolitik richtig bekämpfen. Da ist die schweizerische Nationalbank gefordert. Sie muss ihren volkswirtschaftlichen Auftrag wahrnehmen und erneut einen Mindestkurssatz festlegen. Das würde die weitere Auslagerung von Arbeitsplätzen bremsen und die Gefahr einer drohenden Deindustrialisierung der Schweiz bannen. Doch statt Ursache und Folgen zu diskutieren konzentrierten sich die Ratsrechte auf Symptombekämpfung und forderte mit mehreren Vorstössen "Bürokratieabbau".

**Auch der Klimawandel war das Thema einer ausserordentlichen Ratsdebatte.**

SP, Grüne und Grünliberale setzten sich für einen verstärkten Klimaschutz ein. Die Ratsrechte wehrte sich gegen unüberlegten "Aktivismus". Und Umweltministerin Doris Leuthard wehrte sich gegen die Kritik, der Bundesrat tue zu wenig in der Klimapolitik. Nachfolgend ein Auszug aus meinem Votum für die SP-Fraktion:

*„Der Klimawandel ist eine weltweite Herausforderung. Es ist Zeit, zu handeln - global und lokal. Es ist wichtig, dass wir uns aktiv in der internationalen Klimadiskussion einbringen und darauf einwirken, dass ambitionöse Ziele angestrebt werden. Gleichzeitig müssen wir im eigenen Land mit einem guten Beispiel vorangehen.*

*Die Energiewende mit der Energiestrategie 2050 ist ein konkretes, lokales Projekt gegen den Klimawandel, welches dann in der Schweiz greift, wenn es umgesetzt wird. Mit der Beschleunigung der Energiewende vermindern wir die klimatischen und nuklearen Gefahren für Mensch und Umwelt. Wir müssen vorwärts machen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren. Statt für etliche Milliarden jährlich Öl und Uran zu importieren, müssen wir uns vermehrt auf die Energieeffizienz und die Förderung einheimischer erneuerbarer Energien konzentrieren. Das bringt mehr Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze in der Schweiz, reduziert die Umweltrisiken und verringert den klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Das ist notwendig, denn der Klimawandel ist offensichtlich - auch in der Schweiz.*

*Die Erwärmung in der Schweiz beträgt laut dem Bundesamt für Umwelt seit Beginn der Industrialisierung rund 1,8 Grad, womit der globale Wert deutlich übertroffen wird. Die Zahl der Hitzetage nimmt zu, die Zahl der Frosttage nimmt messbar ab und die Nullgradgrenze in der Schweiz ist seit den Sechzigerjahren über 300 Meter gestiegen. Wir sehen und spüren das: Gletscher schmelzen und die Zahl der Überschwemmungen, Erdbeben und langanhaltenden Hitzewellen nimmt zu. Das hat Auswirkungen auf die Pflanzen- und Tierwelt und letztlich auf uns alle. Die volkswirtschaftlichen Schäden wachsen an. Ernteauffälle in der Landwirtschaft, steigende Sturm- und Wasserschäden im Gebäudebereich und an der Verkehrsinfrastrukturen verursachen hohe Folgekosten, letztlich auch wieder für den Steuerzahler und die Steuerzahlerinnen.“*

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Standesinitiative des Kantons Schaffhausen für ein **Vetorecht der Standortregionen bei einem Atommülllager** abgelehnt. Ein Atommülllager soll somit auch gegen den Willen der direktbetroffenen Bevölkerung einer Region aufgezwungen werden können. Das halte ich für falsch, mein Gegenantrag unterlag aber mit 112 zu 78 Stimmen.

*Max Chopard-Acklin, im September 2015*